
Dekret über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 1917

Zusammenfassung

Das Dekret über den Frieden war nach dem Dekret über den Grund und Boden das zweite wichtige Gesetz der Bolschewiki, das kurz nach der Oktoberrevolution verabschiedet wurde. Die Forderung V.I. Lenins nach einem "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" aufnehmend, bekundete es den Willen der neuen Macht, den Krieg durch einen einseitigen Friedensschluß mit dem Deutschen Reich zu beenden. An das Dekret waren gleichzeitig außen- und innenpolitische Erwartungen geknüpft. Dahinter verbarg sich die Einsicht in die Aussichtslosigkeit des Krieges für Rußland. Zum anderen sollte der Frieden eine Entspannung im Inneren herbeiführen und Bedingungen für die Konsolidierung der Sowjetmacht schaffen. Das Dekret verfehlte seine Wirkung nicht. Im Zuge der darauffolgenden separaten deutsch-russischen Verhandlungen wurde am 2. (19.) Dezember 1917 der Waffenstillstand zwischen beiden Ländern geschlossen und der Friedensvertrag als Ziel avisiert. Seine innenpolitischen Konsequenzen waren ebenso weitragend: Indem es den radikalsten Friedensforderungen der aufständischen Massen entgegenkam, trug es entscheidend dazu bei, daß die Bolschewiki sich gegen ihre politischen Gegner, die für den "Krieg bis zum siegreichen Ende" eintraten, behaupten konnten.

Einführung

Als Folge des Ersten Weltkrieges reifte in Rußland eine revolutionäre Situation heran. Die zarische Regierung gestand sich nicht ein, daß das Land nicht darauf vorbereitet war, in den Krieg zu ziehen. Die russischen Armeen erlitten Verluste, die in Millionenhöhe stiegen, ihnen fehlte es an Waffen und Munition. Währenddessen waren die Arbeiter der staatlichen Betriebe und Eisenbahnen im Hinterland (ein Drittel davon unterstand der Militärführung) gezwungen, Überstunden zu machen: der Arbeitstag wurde allorts verlängert, die Sätze beim Stücklohn wurden reduziert, die Höhe des Reallohns ging zurück (1916 betrug der Nominal- und Reallohn eines Arbeiters jeweils 478 Rubel und 210 Rubel.¹). In den Industriezentren des Landes, die wegen der Ausfälle im Eisenbahnverkehr von den getreideproduzierenden Gebieten abgeschnitten waren (dies war insbesondere während des Rückzugs der russischen Armeen 1915 der Fall), wurden niedrige Lebensmittelnormen eingeführt, die bereits 1916 auf das Niveau einer Hungerration abgesunken waren.

Die Situation auf dem Dorf war vergleichbar schwer.

"Von den 13 Millionen Männer, die zwischen Juli 1914 und Dezember 1916 zur Armee eingezogen wurden, stammten 10 Millionen allein aus dem Dorf. Die in den Gouvernements Mobilisierten machten Anfang 1917 55% aller Männer im arbeitsfähigen Alter aus. Über eine Million Höfe blieben ohne männliche Arbeitskraft. Das wirkte sich ausgesprochen negativ auf die landwirtschaftliche Produktion aus. Die materielle und technische Grundlage der Landwirtschaft wurde zu einem beträchtlichen Teil ruiniert. Seit dem Kriegsbeginn und bis zum Frühjahr 1916 wurden 2 Millionen Pferde auf dem Dorfe zwangsrequiriert, im Frühjahr 1917 betrug diese

1 Strumilin, S., *Izbrannye proizvedenija v 5 tomach*, Bd. 3, Moskau 1964, S. 334.

Zahl bereits 2,6 Millionen."2 Zugleich erhöhte der Staat die Steuern und Abgaben, requirierte Getreide, Futter und Vieh. Außerdem mußten die Bauern Naturalsteuern entrichten. Die Umstellung der Industrie auf Kriegsproduktion beförderte den Schwarzhandel mit Waren des täglichen Bedarfs, deren Herstellung drastisch zurückging; das Dorf wurde davon ebenfalls hart getroffen.

Auch Vertreter der Intelligencija – Ärzte, Lehrer, Studenten – wurden zur Armee eingezogen.

"Anders als es früher der Fall war, bestand die Armee nicht mehr zu 80-90% aus Bauern. Amtliche Zeugnisse zu Jahrgängen 1903 bis 1913 zeigen, daß die Bauern lediglich 61% der Armeeangehörigen stellten, während weitere 21-25% auf die Arbeiter zufielen; deshalb war das revolutionäre Potential der Truppen [am Vorabend der Februarrevolution] höher als 1905."3 Bereits 1915 berichtete die Zensur der Süd-West-Front, daß

"pazifistische Tendenzen in jeweils 30% und 60% der Briefe von Angehörigen der Front- und Hinterlandtruppen geäußert werden."4. 1915 nahm die Flucht aus den Truppentransporten, die an die Front abgingen, den Charakter einer Massendesertion an, so daß Züge mit Rekruten von bewaffneten Sondereinheiten begleitet werden mußten.

Die revolutionäre Stimmung im Lande eskalierte. In Januar 1917 betrug die Gesamtzahl der streikenden Arbeiter über 300000 Mann. Die Streiks wurden von Demonstrationen unter Parolen wie "Nieder mit dem Krieg!", "Es lebe die Revolution!" begleitet. In Februar 1917 gingen die Unruhen in bewaffnete Zusammenstöße mit Regierungstruppen über. Die schwere innenpolitische Krise brachte die Monarchie zum Einsturz. Wies die Februarrevolution noch einen starken Antikriegsimpetus auf, so wich er nach dem Sturz der Autokratie vorübergehend einer Durchhalte-Stimmung. Der Krieg hatte nun die Verteidigung der demokratischen Errungenschaften zum Ziel. Doch schon bald machte sich erneut Unzufriedenheit unter den Soldaten breit. Die revolutionäre Agitation der Bolschewiki, der linken Sozialisten und der Anarchisten leistete dazu ihren Beitrag.

Der Krieg rückte in den Mittelpunkt der politischen Debatten. Die Kadetten – angeführt von P. Miljukov, dem Außenminister der Provisorischen Regierung – sprachen sich für eine konsequente Einhaltung der internationalen Verpflichtungen des zarischen Regimes und die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende aus. Der Petrograder Sowjet, in dem die Vertreter der sozialistischen Parteien dominierten, verlangte in seiner "Deklaration an die Völker der ganzen Welt" vom 14. (27.) März 1917 nach einem allgemeinen Frieden, forderte die Völker dazu auf,

"einen entschiedenen Kampf gegen die Annexionspläne der Regierungen in den kriegsführenden Länder zu führen". Der Sowjet gab den "Proletariern der deutsch-österreichischen Koalition und in erster Linie dem deutschen Proletariat" den Rat,

"sich auf eine ähnliche Weise vom Joch ihrer halbautokratischen Ordnung zu befreien, wie das russische Volk die zarische Selbstherrschaft stürzte." Solange dem "furchtbaren Gemetzel" kein Einhalt geboten wurde, so hieß es im Aufruf, wird das russische Volk "die Freiheit gegen alle Eingriffe sowohl von innen als auch von

2 Puškareva, I., Fevral'skaja buržuazno-demokrati#eskaja revoljucija 1917 g. v Rossii, Moskau 1982, S. 78.

3 Puškareva, Fevral'skaja revoljucija, S. 83.

4 Hier nach: Kir'janov, Ju., "Soldatskie pis'ma kak isto#nik po izu#eniju voprosa o sojuze rabo#ego klassa s krest'janstvom v gody Pervoj mirovoj vojny", in: Istorija SSSR, 1959, Nr. 2, S. 177.

außen standhaft verteidigen. Die russische Revolution wird vor den Bajonetten der Eroberer nicht zurückweichen und einer äußeren Militärmacht nicht gestatten, sie niederzuwerfen."5. Am 26. März (8. April) genehmigte der Sowjet mit der Mehrheit seiner Stimmen die Ergänzungen zum Dokument, die der Führer der Menschewiki Cereteli, kurz zuvor aus der Verbannung zurückgekehrt, eingebracht hatte. Sie enthielten die Forderung nach entschiedenen Maßnahmen "für den Abschluß eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen" bei gleichzeitigem Erhalt der Kampfkraft der Armee im Hinblick auf aktive Militäroperationen. Auf Drängen des Sowjets wurde diese Forderung in die "Deklaration an die Völker Rußlands" aufgenommen, die die Regierung verabschiedete.

Da die Alliierten durch die pazifistischen Absichten der Sowjets sowie durch die Deklaration der Provisorischen Regierung beunruhigt wurden, schickten sie eine Delegation nach Petrograd, die den Auftrag hatte, den Kampfgeist der neuen Staatsmacht wiederzubeleben. Am 18. April richtete Miljukov an die alliierten Mächte eine Note, in der er die Ziele Rußlands im Krieg darlegte und versicherte, daß "keine verminderte Anteilnahme Rußlands an dem gemeinsamen Kampf der Alliierten" eintreten und daß die Provisorische Regierung "den gegenüber den Alliierten Rußlands eingegangenen Verpflichtungen gewissenhaft treu bleiben" werde. [...] Die sich auflösende Armee forderte er auf, ihr Leben für Konstantinopel, die Dardanellen und Galizien zu lassen."6.

"In [der Note] stand kein einziges Wort von der Bemühung um den Frieden "ohne Annexionen und Kontributionen", die in der Deklaration des Sowjets zum Ausdruck gebracht wurde. Das löste einen wahren Schock bei der Öffentlichkeit des Landes"7 sowie Unruhen in der Hauptstadt aus, die zum Rücktritt Miljukovs und einem Regierungswechsel führten.

Am 4. (17.) April trat V. Lenin mit seinen "Aprilthesen" auf, in denen er den "revolutionären Defensismus" bedingungslos in Frage stellte und darauf hinwies, "daß es ohne den Sturz des Kapitals unmöglich ist, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden."8; Lenin sprach sich für die "Verbrüderung" der russischen Soldaten mit den Soldaten des Feindes aus. Am 21. April (4. Mai) erschien Lenins "Aufruf an die Soldaten aller kriegsführenden Länder", den die Bolschewiki in Russisch, Deutsch und anderen Sprachen an der Front verbreiteten. Er rief die Soldaten dazu auf, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

"Nur wenn die Staatsmacht in beiden jetzt einander feindlich gegenüberstehenden Staaten, zum Beispiel in Rußland wie in Deutschland, völlig und ausschließlich in die Hände der revolutionären Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht, die imstande sind, nicht in Worten, sondern in der Tat das ganze Netz der Beziehungen und Interessen des Kapitals zu zerreißen – nur in diesem Fall werden die Arbeiter beider kriegführenden Länder zueinander Vertrauen fassen und dem Krieg auf der Grundlage eines wirklich demokratischen, wirklich alle Völker und Völkerschaften befreienden Friedens rasch ein Ende machen können."9. Er drängte sie ebenso dazu, alles zu tun, was notwendig ist, um dieses Ziel zu erreichen, und proklamierte:

"Friede den Hütten, Krieg den Palästen! Friede den Arbeitern aller Ländern! Es lebe

5 Vert, N., Istorija Sovetskogo gosudarstva, Moskau 1995, S. 89.

6 Fischer, L., Das Leben Lenins, München 1970, S. 165.

7 Vert, Istorija, S. 91.

8 Lenin, W.I. [V.I.], Werke, Bd. 24, S. 4.

9 Lenin, Werke, Bd. 24, S. 176.

die brüderliche Einheit der revolutionären Arbeiter aller Länder! Es lebe der Sozialismus!"¹⁰. Er plädierte dafür,

"daß die Revolution in einer Reihe von Ländern, d.h. die Eroberung der Staatsmacht durch eine neue Klasse, nämlich durch die Proletarier und Halbproletarier, und nicht durch die Kapitalisten, nicht durch die Kleinbesitzer (die stets zur Hälfte von den Kapitalisten anhängig sind), den Krieg beenden soll und beenden wird."¹¹, und verlangte von den Soldaten, dieses Programm in ihren Truppeneinheiten sowie mit deutschen Soldaten zu besprechen. Das werde helfen, das sicherste und schnellste Mittel zur Beendigung des Krieges und zum Sturz des Kapitalismus zu finden. Lenin sprach sich für die Unterzeichnung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen aus und hielt es sogar für möglich, sich für separate Friedensverhandlungen einzusetzen.

Der Versuch der Sozialisten, einen Friedenskongreß zu organisieren, stieß sowohl bei der Entente als auch bei der deutschen Seite auf Gleichgültigkeit. Insbesondere nach dem Scheitern der Sommeroffensive 1917 hatte die Provisorische Regierung keinen ausreichenden politischen Einfluß mehr, um den Krieg fortzusetzen.

"Für die meisten Soldaten bedeutete Politik Frieden und Frieden Land."¹². Die Bolschewiki sahen ein, "daß das Schicksal jeder Revolution auf einem bestimmten Stadium durch einen Stimmungsumbruch in der Armee entschieden wird"¹³. Die Forderung nach einem sofortigen Separatfrieden öffnete ihnen den Zugang zur Armee.

"Ganze Einheiten der Armee und der Marine gehorchten den Befehlen der bolschewistischen Partei – nicht weil sie den Marxismus oder den Kommunismus verstanden, sondern weil sie den Krieg haßten."¹⁴. Die Behauptung des amerikanischen Historikers Ju. Fel'stinskij ist nicht haltbar, daß die russische Armee gegenüber dem Umsturz und der sowjetischen Regierung feindlich eingestellt gewesen sei.¹⁵

Um die Auflösung der Armee aufzuhalten, arbeitete der Oberbefehlshaber, General L.G. Kornilov ein Programm zur Stabilisierung der Situation im Lande aus, dem folgende Idee zugrunde lag:

"In den Schutzgräbern, im Hinterland und unter den Eisenbahnern" war jeweils eine Armee zu gründen, wobei alle drei Armeen eine eiserne Disziplin einzuhalten hatten. Der General verlangte

"die Einführung der Todesstrafe und die Einrichtung von militärischen Feldtribunalen unmittelbar an den Schauplätzen der Kriegshandlungen"¹⁶; "außerdem sollte es keinen Unterschied zwischen der Front und dem Hinterland im Bezug auf die Strenge des Regimes geben, die das Land braucht."¹⁷. Kornilov stellte sich dieses "Regime" folgendermaßen vor: Er selbst sollte den Rat für Volksverteidigung leiten und somit an der Spitze des Staates stehen. Kerenskij würde die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden erhalten. Es war vorgesehen, eine Regierung beim Rat zu gründen, in

10 Lenin, Werke, Bd. 24, S. 176.

11 Lenin, Werke, Bd. 24, S. 313.

12 Fischer, Leben Lenins, S. 169.

13 Trockij, L., Istorija ruskoj revoljucii, 2 Bde, Berlin 1931, Bd. 1, S. 146.

14 Fischer, Leben Lenins, S. 170.

15 Fel'stinskij, Ju., Krušenie mirovoj revoljucii. Brestskij mir: Oktjabr' 1917 – Nojabr' 1918, Moskau 1992, S. 41.

16 Ioffe, G., Beloe delo. General Kornilov, Moskau 1989, S. 78.

17 Gosudarstvennoe Soveščanie. Stenografičeskij otečet, Moskau u.a. 1934, S. 65-66.

der die politischen Kräfte des Landes breit vertreten werden wollten. Kornilov verlangte, in Petrograd den Kriegsnotstand auszurufen, die ganze Macht, die militärische wie die zivile, an den Oberbefehlshaber zu übertragen, die Minister zum Rücktritt zu zwingen, die stellvertretenden Minister mit der provisorischen Leitung der Ministerien zu betrauen, bis der Oberbefehlshaber ein neues Regierungskabinett gründen werde.¹⁸ Kerenskij sagte jedoch seine Beteiligung an weiteren Verhandlungen mit Kornilov ab und verfügte seine Amtsenthebung. Der General weigerte sich, diesem Entschluß zu folgen, und rückte mit seinen Truppen in Richtung Petrograd vor. Mit Hilfe von sozialistischen Parteien, darunter der Bolschewiki, gelang es, den Putsch schnell zu unterdrücken, die Kommandeure, die Kornilov unterstützt hatten, und Oberbefehlshaber Denikin wurden verhaftet. Am 2. (15.) September wurde Kornilov selbst hinter Gitter gesteckt. Auf den Posten des Oberbefehlshabers ernannte man N.N. Duchonin. Er wandte sich an die Truppen mit dem Aufruf, in ihren Stellungen zu verharren,

"um zu verhindern, daß der Feind die Unruhen, die im Landesinneren ausbrachen, ausnutzt und noch weiter in die Gebiete unseres Heimatlandes eindringt."¹⁹

Die Bemühungen um den Frieden, die Einsicht in die Unmöglichkeit, den Krieg unter den Bedingungen einer gesellschaftlichen Krise und der Auflösung der Armee fortzusetzen, beschäftigten nicht nur die Bolschewiki, sondern auch die anderen sozialistischen Parteien. Ein Tag vor dem Oktoberaufstand appellierte der Rat der Republik, das sogenannte Vorparlament, an die Provisorische Regierung, der deutschen Regierung den Separatfrieden vorzuschlagen. Dieser Appell kam zu spät. Am Abend, den 25. Oktober (7. November) 1917, zur gleichen Zeit, als das Winterpalais gestürmt wurde, wurde im Smol'nyj der 2. Allrußländische Sowjetkongreß der Arbeiter- und Soldatendeputierten eröffnet. Die Bolschewiki stellten unter seinen Teilnehmern die zahlenmäßig stärkste Gruppe. In der Nacht verkündete der Sowjetkongreß den Sieg der Sowjetmacht. Die zweite Sitzung des Kongresses wurde am 26. Oktober (8. November), gegen 9 Uhr abends eröffnet. Lenin hielt die Vorträge über den Frieden sowie über den Grund und Boden.

"Die Bolschewiki wußten, daß sie keine zahlenmäßige Überlegenheit im Land haben. Lenins Kalkül war: Seine Partei sollte die Mehrheit gewinnen, indem sie die radikalen Grundforderungen der Massen zum Zeitpunkt der Machtergreifung bedingungslos anerkannte. Einen Beweis dafür, daß Lenins Kalkül aufging, lieferte der Sowjetkongreß, als er am 26. Oktober (8. November) das Dekret über den Frieden und das Dekret über den Grund und Boden annahm."²⁰ Das Dekret über den Frieden ging von der früheren Forderung Lenins nach einem "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" aus, die mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen unmittelbar verbunden war. Diese Forderung wurde jedoch nicht in einer ultimativen Form formuliert, und Lenin gab zu verstehen, daß er bereit war, Frieden auch dann zu schließen, wenn die Bedingungen seines Verhandlungspartners härter werden sollten. Vorläufig sollte aber ein Waffenstillstand geschlossen werden. Da Lenin begriff, daß er sich durch diesen Schritt den Vorwurf einholen konnte, die Verpflichtungen Rußlands gegenüber den Alliierten verletzt zu haben, schlug er als "Präventivmaßnahme" vor, die Alliierten durch eine vollständige Publikation der Geheimen Verträge, die die rußländische Regierung mit ihnen abgeschlossen hatte, zu kompromittieren. Zugleich suchte Lenin in seiner Begründung des Dekrets, die

18 Siehe: Kerenskij, A., Delo Kornilova, Moskau 1918, S. 106.

19 Politi#eskie dejateli Rossii 1917, Moskau 1993, S. 106.

20 Boffa, D., Istorija Sovetskogo Sojuza, 2 Bde, Bd. 1: Ot revoljucii do Vtoroj mirovoj vojny. Lenin i Stalin. 1917-1941, Moskau 1994, S. 54.

Kongreßdeputierten davon zu überzeugen, daß der Beginn der Friedensverhandlungen mit dem Ziel der Weltrevolution, die die "bürgerlichen Regierungen" wegfegen werde, vereinbar sei. Damit waren die Regierungen gemeint, mit denen die Bolschewiki zu diesem Zeitpunkt gezwungen waren, Verhandlungen aufzunehmen.

N. Werth meint, daß

"sich das Dekret [über den Frieden] in Wirklichkeit nicht an die Regierungen, sondern eher an die internationale öffentliche Meinung richtete und den Wunsch der neuen Macht bezeugte, das bestehende Weltsystem der Staaten zu untergraben."²¹ Die deutsche Regierung und ihre Verbündeten nahmen jedoch das Dekret ernst. Am 14. (27.) November 1917 erklärte die deutsche Oberste Heeresleitung ihr Einverständnis mit der Durchführung der offiziellen deutsch-sowjetrussischen Friedensverhandlungen.

General Duchonin, der der Anweisung des Rates der Volkskommissare (SNK), Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu beginnen, nicht folgte, wurde seines Posten enthoben, mit dem Vorbehalt, daß er solange "die Geschäfte führen soll[e]", bis entweder ein neuer Oberbefehlshaber oder eine mit Sondervollmachten ausgestattete Person in seiner Vertretung im Hauptquartier eintreffe. Zum Oberbefehlshaber wurde nun umgehend N. Krylenko ernannt. Eine Armee nach der anderen anerkannte die Macht des SNK und hieß die Dekrete der Sowjetmacht willkommen. Kurz vor der Ankunft des neuen Oberbefehlshabers ordnete Duchonin die Befreiung Kornilovs und seiner Mitstreiter an. Nach Auskunft des neuen Oberbefehlshabers N. Krylenko war dies der Grund für seine Ermordung. Auf dem Weg nach Petrograd, wo er sich dem SNK zur Verfügung stellen sollte, fiel Duchonin – trotz der Versuche der persönlichen Wache Krylenkos, ihn zu schützen – "einer aufgebrachten Meute zu Opfer"²², die damit Rache nahm für die Flucht Kornilovs.

Am 2. (15.) Dezember 1917 wurde zwischen Rußland und Deutschland ein Waffenstillstand geschlossen.

Natal'ja Gerulajtis

Quellen- und Literaturhinweise

Altrichter, H., *Russland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst*, Paderborn u.a. 1997.

Fel'stinskij, Ju., *Krušenie mirovoj revoljucii. Brestskij mir: Oktjabr' 1917 – Nojabr' 1918*, Moskau 1992.

Figes, O., *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891 bis 1924*, Berlin 1998.

Fischer, L., *Das Leben Lenins*, München 1970 (russ.: Fišer, L., *Žizn' Lenina*, Moskau 1997).

Gosudarstvennoe Soveščanie. Stenografičeskij otčet, Moskau u.a. 1934.

Ioffe, G., *Beloe delo. General Kornilov*, Moskau 1989.

Kir'janov, Ju., "Soldatskie pis'ma kak istočnik po izučeniju voprosa o sojuze rabočego klassa s krest'janstvom v gody Pervoj mirovoj vojny", in: *Istorija SSSR*, 1959, Nr. 2, S. 175-184.

Kerenskij, A., *Delo Kornilova*, Moskau 1918.

Oktjabr'skaja revoljucija i armija. Sbornik dokumentov, Moskau 1973.

Pipes, R., *Die Russische Revolution*, 3 Bde, Berlin 1992/93. (russ.: Pajps, R., *Russkaja revoljucija*, 2 Bde, Moskau 1994).

21 Vert, *Istorija*, S. 116.

22 *Oktjabr'skaja revoljucija i armija. Sbornik dokumentov*, Moskau 1973, S. 159.

Puškareva, I., Fevral'skaja buržuazno-demokrati#eskaja revoljucija 1917 g. v Rossii, Moskau 1982.

Trockij, L.D., Istorija ruskoj revoljucii, 2 Bde, Bd. 1, Berlin 1931.

Werth, N., Histoire de l'Union soviétique. De l'Empire russe à la Communauté des Etats indépendants 1900-1991, Paris 1992 (russ.: Vert, N., Istorija Sovetskogo gosudarstva, Moskau 1995).

Dekret über den Frieden

einstimmig angenommen in der Sitzung des Allrußländischen Sowjetkongresses der Arbeiter-, Soldaten und Bauerndeputierten am 26. Oktober 1917

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24./25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen.

Ein gerechter oder demokratischer Frieden, den die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und der Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt und den die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste forderten – ein solcher Frieden ist nach Auffassung der Regierung ein sofortiger Friede ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.

Die Regierung Rußlands schlägt allen kriegführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen, wobei sie sich bereit erklärt, sofort ohne die geringste Verzögerung alle entscheidenden Schritte zu unternehmen – bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Versammlungen der Volksvertreter aller Länder und aller Nationen.

Unter Annexion oder Aneignung fremder Territorien versteht die Regierung, im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der werktätigen Klassen im besonderen, jede Angliederung einer kleinen oder schwachen Völkerschaft an einen großen oder mächtigen Staat, ohne daß diese Völkerschaft ihr Einverständnis und ihren Wunsch genau, klar und freiwillig zum Ausdruck gebracht hat, unabhängig davon, wann diese gewaltsame Angliederung erfolgt ist, sowie unabhängig davon, wie entwickelt oder rückständig eine solche mit Gewalt angegliederte oder mit Gewalt innerhalb der Grenzen eines gegebenen Staates festgehaltene Nation ist, und schließlich unabhängig davon, ob diese Nation in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern lebt.

Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsche – gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde – das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung der Truppen der die Angliederung vornehmenden oder überhaupt der stärkeren Nation in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden, so ist eine solche Angliederung eine Annexion, d. h. eine Eroberung und Vergewaltigung.

Diesen Krieg fortzusetzen, um die Fragen zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterzeichnen, der diesem Krieg unter den obengenannten, für

ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Bedingungen ein Ende macht. Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß sie die obengenannten Friedensbedingungen keineswegs als ultimatim betrachtet, d. h., daß sie bereit ist, auch jegliche anderen Friedensbedingungen zu erwägen, und lediglich darauf besteht, daß die Friedensbedingungen von irgendeinem kriegführenden Land möglichst rasch und mit vollster Klarheit, bei unbedingter Ausschaltung jeder Zweideutigkeit und Geheimhaltung angeboten werden.

Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab; sie erklärt, daß sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volke zu führen, und geht unverzüglich dazu über, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abgeschlossen wurden. Der ganze Inhalt dieser Geheimverträge, soweit er, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatte, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, wird von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt.

Indem sich die Regierung an die Regierungen und Völker aller Länder mit dem Vorschlag wendet, sofort offene Verhandlungen über den Friedensschluß aufzunehmen, gibt sie ihrerseits ihrer Bereitschaft Ausdruck, diese Verhandlungen sowohl schriftlich, telegraphisch als auch durch mündliche Unterhandlungen mit Vertretern der verschiedenen Länder oder auf Konferenzen dieser Vertreter zu führen. Um solche Unterhandlungen zu erleichtern, entsendet die Regierung ihren bevollmächtigten Vertreter in die neutralen Länder.

Die Regierung schlägt allen Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, wobei sie es ihrerseits für wünschenswert hält, daß dieser Waffenstillstand auf mindestens drei Monate abgeschlossen wird, d. h. auf eine Frist, die völlig ausreicht sowohl für den Abschluß von Friedensverhandlungen, an denen Vertreter ausnahmslos aller Völkerschaften oder Nationen teilnehmen sollen, die in den Krieg hineingezogen oder hineingezwungen wurden, als auch für die Einberufung bevollmächtigter Versammlungen der Volksvertreter aller Länder zur endgültigen Bestätigung der Friedensbedingungen.

Die Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands, die dieses Friedensangebot an die Regierungen und an die Völker aller kriegführenden Länder richtet, wendet sich gleichzeitig insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Kriege beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser Länder haben der Sache des Fortschritts und des Sozialismus die größten Dienste erwiesen – in den großen Vorbildern der Chartistenbewegung in England, in der Reihe der Revolutionen von weltgeschichtlicher Bedeutung, die das französische Proletariat vollbracht hat, und schließlich im heroischen Kampf gegen das Sozialistengesetz sowie in der für die Arbeiter der ganzen Welt mustergültigen langwierigen und beharrlichen disziplinierten Arbeit an der Schaffung von proletarischen Massenorganisationen in Deutschland. Alle diese Vorbilder proletarischen Heldentums und geschichtlicher Schöpferkraft sind für uns eine Bürgschaft, daß die Arbeiter der genannten Länder die ihnen jetzt gestellte Aufgabe der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges und seinen Folgen begreifen werden; diese Arbeiter werden uns durch ihre allseitige, entschiedene, grenzenlos energische Tätigkeit helfen, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.

Rev. Übersetzung hier nach: Hellmann, M. (Hg.), Die Russische Revolution 1917 (dtv-dokumente, Bd. 277/28), München 1964, S. 312-315.

Faksimile

Die 2 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: GCMSIR, f. listovok, GIK Nr. 1127/926. Flugblatt.

© Gosudarstvennyj central'nyj muzej sovremennoj istorii Rossii (GCMSIR). Moskau.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0005_fri.pdf

Datum: 15. September 2011 um 18:31:30 Uhr CEST.

© BSB München
